

FREIBERUFLER-TICKER vom 13. Oktober 2017

1. Europäische Kommission verabschiedet Initiative zur Förderung von Berufsausbildungen

Die Europäische Kommission hat Ende letzter Woche einen [Vorschlag](#) für einen Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Berufsausbildungen angenommen. Dieser ist Teil der [europäischen Agenda für Kompetenzen](#) sowie der [europäischen Säule sozialer Rechte](#), die den Anspruch auf allgemeine und berufliche Bildung von hoher Qualität und in inklusiver Form vorsieht. 14 Schlüsselkriterien für Lern- und Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel Lernergebnisse, Arbeitsbedingungen und Bezahlung, sowie für Rahmenbedingungen, wie etwa Unterstützung für Unternehmen, flexible Lernpfade, Mobilität und Qualitätssicherung, sollen die Mitgliedstaaten und sonstige Akteure zur Entwicklung hochwertiger und nachhaltiger Berufsausbildungen anleiten, wovon Lernende und Arbeitgeber gleichermaßen profitieren sollen. Die EU-Kommission unterstützt die Umsetzung dieser Kriterien durch entsprechende EU-Finanzmittel, beispielsweise mit bis zu 27 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds.

2. Studie: „Der neue Restriktivitätsindikator für Freie Berufe“

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments hat eine [Studie](#) zum Thema „Der neue Restriktivitätsindikator für Freie Berufe“ in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der Studie liegen nun vor. Hintergrund hierzu ist die Mitteilung über Reformempfehlungen für die Berufsreglementierung ([COM\(2016\) 820 final](#)) der Europäischen Kommission. Eine wichtige Grundlage der Mitteilung bildet ein neuer Indikator für die Regulierungsintensität, welcher in der Studie näher untersucht wird. Die Studie kommt unter anderem zu dem Schluss, dass dieser Indikator eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen OECD-Indikator darstellt, obgleich die empirischen Ergebnisse sich nicht gravierend von denen der OECD unterscheiden.

3. Herbstprojektion: Deutschland bleibt auf Wachstumskurs

In ihrer [Herbstprojektion](#), die am 11. Oktober 2017 vorgestellt worden ist, geht die Bundesregierung für das laufende Jahr von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 2,0 Prozent aus. Die Erwerbstätigkeit wird laut Bundesregierung im Jahr 2017 sehr kräftig um 660.000 und im Jahr 2018 um 495.000 Personen auf das Rekordniveau von 44,8 Millionen Personen im Jahr 2018 ansteigen. Angesichts der hohen Arbeitsnachfrage wird ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit um 155.000 Personen in diesem Jahr und um 70.000 Personen im kommenden Jahr erwartet. Die Arbeitslosigkeit wird auf 2,5 Millionen Personen beziehungsweise auf eine Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent zurückgehen. Die Eckwerte der Herbstprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 7. bis 9. November 2017.

4. Arbeitslosigkeit von Akademikern auf dem niedrigsten Stand nach 1980

Im Jahr 2016 hat die Akademiker-Arbeitslosenquote bei 2,3 Prozent gelegen. Sie ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Eine niedrigere Arbeitslosenquote hat es bei den Akademikern zuletzt im Jahr 1980 mit 1,8 Prozent gegeben. Das zeigen [Daten](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die am 10. Oktober 2017 veröffentlicht worden sind. Ebenfalls verbessert hat sich die Beschäftigungssituation für Personen mit einer beruflichen Ausbildung. Ihre Arbeitslosenquote hat im vergangenen Jahr mit 4,2 Prozent fast einen halben Prozentpunkt niedriger gelegen als im Jahr 2015. Personen ohne Berufsabschluss sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen. In dieser Gruppe ist mit 19,1 Prozent knapp jeder Fünfte im Jahr 2016 ohne Arbeit gewesen. Im Vorjahresvergleich hat sich die Quote aber um

rund einen Prozentpunkt verringert. Zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen zwar immer noch deutliche Unterschiede, aber der Osten hat den Rückstand weiter verringern können.

5. Digitalisierung inklusiver und produktiver gestalten

Am 11. Oktober 2017 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die jüngste Ausgabe ihres „[Digital Economy Outlook](#)“ vorgestellt. Darin kommt sie zu dem Schluss, dass die digitale Infrastruktur wächst und immer mehr Menschen das Internet nutzen. Der Studie zufolge hält die Politik nicht Schritt mit den durch die digitale Transformation bedingten Veränderungen für Wirtschaft und Gesellschaft, die weitgehend von großen Technologieunternehmen vorangetrieben wird. Staaten sollten deshalb mehr in Bildung investieren und moderne Technologien wie Big Data Analyse gezielt in kleinen und mittelgroßen Unternehmen fördern, um so die digitale Transformation produktiver und inklusiver zu gestalten. Die Studie zeigt unter anderem, dass sich vor allem ältere Menschen mit niedrigem Bildungsstand mit der Digitalisierung schwertun, auch in Deutschland. So liegt der Anteil der Internetnutzer unter den 55- bis 74-Jährigen in Deutschland mit 74 Prozent deutlich über dem OECD-Schnitt von 63 Prozent. Allerdings nutzten in Deutschland nur 51 Prozent der älteren Menschen mit niedriger Qualifikation das Internet, bei Menschen gleichen Alters mit höherer Bildung sind es dagegen 91 Prozent und damit fast genau so viele wie unter den 16- bis 24-Jährigen. Die Studie betont, dass das wirtschaftliche Potenzial des digitalen Wandels noch längst nicht ausgeschöpft ist. Dies gilt auch für Deutschland. Insgesamt setzen deutsche Unternehmen IT-Lösungen recht umfassend ein, im internationalen Vergleich sind sie bei der Nutzung neuester Technologie wie Big Data oder Cloud Computing zurückhaltender.